

Utopie aus zweiter Hand?

Zu marktwirtschaftlichen Reformversuchen in
der Volksrepublik China

Dr. Dieter Eich, geb. 1946, Schlosser, 2. Bildungsweg, Dipl.-ing. Maschinenbau, Entwicklungshilfe in Lateinamerika, Studium der Soziologie in Münster, ist zur Zeit Mitarbeiter des DGB-Bildungswerkes e. V. beim DGB-Bundesvorstand.

Reformauswirkungen provozieren Machtkampf in der kommunistischen Partei

Die derzeitigen Diadochenkämpfe um die Macht in der kommunistischen Partei Chinas haben den Mantel des Schweigens, der solche Fraktionsauseinandersetzungen sonst umgibt, gelüftet. Sie konzentrieren sich in der „Kam-

pagne gegen den bourgeoisen Liberalismus“. Diese Salve aus den „Katakomben der Partei“ stoppte abrupt Mobilisierungen und Demonstrationen im ganzen Land, mit denen die Durchsetzung der Reformkonzeption des Flügels um Deng Xiao Ping unterstützt werden sollte. Ihren sichtbarsten Ausdruck fand sie in der Absetzung des Generalsekretärs der Partei, Hu Yaobang, der dem Reformflügel zuzuordnen ist, und weiterer vier Minister. Bemängelt wurde die unangemessene Hast, mit der „einige versuchten“, den Gang der Geschichte durch „geistige Verschmutzung“ zu beeinflussen, die letztendlich die „soziale Stabilität und Solidarität gefährde“. Das jedenfalls stellte Bo Yibo fest, Parteiveteran und Politbüromitglied vom konservativen Flügel.¹

Die Unsicherheit über die Zukunft des Programms der „allgemeinen Modernisierung als Grundlage des Sozialismus chinesischer Prägung“ hatte sich bereits im Januar 1987 zugespitzt, nachdem wichtige Gesetze über die Industrie- und Arbeitsreform den Volkskongreß aus ideologischen Gründen nicht passierten oder in ihrer Reformaussage verstümmelt wurden. Waren ausländische Investoren bereits über diese Flügelkämpfe irritiert (zumal sich die Erfolge ihres Engagements nicht so einstellten, wie sie es bei diesem „grenzenlosen Markt“ erwartet hatten), so zeigten sie sich völlig konsterniert darüber, daß ihre besorgten Nachfragen bei verantwortlichen Parteiorganisationen die Antwort ergaben, es sei nichts geschehen und der Reformprozeß nehme seinen sozialistischen Gang.

Als „konjunkturell überhitzt“ ist das mit 9,1 Prozent Wachstum des Inlandsproduktes im Jahr 1985 bisher beste Ergebnis der Reformbemühungen bezeichnet worden. Konkret bedeutete es explodierende Preise, Ernterückgänge in der Landwirtschaft (weil die Bauern gezielt jene Produkte anbauten, die den höchsten Gewinn versprachen), ein Rekorddefizit des Haushaltes und eine bisher nicht gekannte Auslandsverschuldung von 20 Mrd. US-Dollar.

Die „alte Garde“ der Partei, die überall mit den „verruchten Symbolen kapitalistischer Dekadenz“ konfrontiert wurde, sah die Zeit für eine Intervention gekommen. Den Gralshütern konservativer sozialistischer Wirtschaftspolitik müssen Börsen und Wertpapierausgaben, blühende private Betriebe und Märkte, wachsende Einkommensdisparitäten und Auslandsbeteiligungen durch transnationale Konzerne neben siechen Staatsunternehmen und einem sich dezentralisierenden Plan unerträglich geworden sein.

Bereits 1984 hatte das Zentralkomitee der KP den Beschluß über die Reform des Wirtschaftssystems angenommen, sich „die ... fortgeschrittenen Managementmethoden aller Länder der heutigen Welt, einschließlich der entwickelten kapitalistischen Länder anzueignen und zu nutzen“. Es forderte damals, „... alle Anstrengungen zu unternehmen, um die fortgeschrittene Wissenschaft und Technik, die allgemein nutzbaren Erfahrungen im Wirtschafts-

¹ Handelsblatt (HB) vom 1.6.87, vgl. auch Financial Times (FT) vom 17.1.87 und Neue Züricher Zeitung (NZZ) vom 4. 4. 87.

und Verwaltungsbereich und alle anderen nützlichen Kenntnisse aller Länder, einschließlich der entwickelten Länder zu beherrschen, sie in der Praxis zu prüfen und weiterzuentwickeln“.²

Peng Zhen, der 85jährige Leiter des ständigen Ausschusses des nationalen Volkskongresses, einer der politischen Schlüsselfiguren der konservativen Fraktion, formulierte die Gegenposition dazu: „Der Kapitalismus ist für China ungeeignet“, erklärte er im April 1987 den Delegierten des verlängerten Volkskongresses, der Bastion der Konservativen.³ Bereits im Januar 1987 hatte dieses Gremium beschlossen, einer Forcierung der Reformen durch eine „Verstärkung der Rechtserziehung“ auf der Grundlage der „vier Prinzipien: Sozialismus, demokratische Diktatur des Volkes, Führung der Partei und Marxismus, Leninismus und Maoismus“ zu begegnen. Der Staatsrat, das höchste Exekutivorgan, bestätigte in der Zwischenzeit die Einschränkung der ehrgeizigen Betriebsreformen, des Aktien- und Anleihenrechtes, des privaten Wirtschaftens und vertagte zugleich die mit Spannung erwartete Preisreform auf unbestimmte Zeit. Hatten Hunderttausende im ganzen Land durch Proteste und Demonstrationen die Wiederbelebung des Mao-Mottos „Laßt hundert Blumen blühen und hundert Schulen miteinander wetteifern“ durch die Partei zu wörtlich genommen, so endete auch diese Kampagne - Ironie der Geschichte - wie jene von 1957. Damals wie heute wurde der Parteiapparat zunächst von der Vehemenz überrascht, mit der Intellektuelle die Gunst der Stunde nutzen wollten, um verknöcherte und überalterte Strukturen, Pfründenwirtschaft und „Guanxi“ - die Zauberformel des chinesischen Alltags: ohne Beziehungen ist nichts zu erreichen - zu denunzieren.

Im Unterschied zu 1957 landeten die Wortführer 1987 nicht im Gefängnis, sondern verloren Arbeit, Ämter und Parteibuch. Auch Deng Xiaoping scheint in Anbetracht des im Oktober anstehenden Parteitages der Reformboden zu heiß zu werden. Er erkannte die Zeichen der Zeit: Der mittlerweile bereits dreimal rehabilitierte charismatische Altmeister parteipolitischer Taktik und Flügelkämpfe rief zum allgemeinen Erstaunen diejenigen Parteifunktionäre zur Raison, die sich allzu freimütig für Reformen eingesetzt hatten.

Um die Dialektik des Prozesses von Reformansatz und Scheitern zu verdeutlichen, bedarf es einer kurzen Rückblende.

„Der Sozialismus wird den entwickelten Kapitalismus überholen“

Im Vordergrund steht seit eh und je die theoretische Kernfrage, ob es Alternativen zu einem Entwicklungsweg gibt, die das Durchlaufen eines „kapitalistischen Stadiums“ durch eine direkt auf den Sozialismus orientierte Konzeption erübrigen. Mit anderen Worten: Ist Lenins NEP-Plan,⁴ kapitalistische Ver-

² Beijing Rundschau (BR) 31.3. 87, S. 31; BR 20.1.87 S. 14. Deng Xiaoping: über politische Reformen, in: BR 19. 8. 86 und Financial Times Survey, China 18.12. 86.

³ HB 10711. 4. 87.

⁴ Vgl. Altvater, Elmar: Gesellschaftliche Produktion und ökonomische Rationalität-Externe Effekte und zentrale Planung im Wirtschaftssystem des Sozialismus, Frankfurt 1969.

hältnisse „unter Kontrolle des bolschewistischen Staates“ zu rekonstruieren, bevor an eine sozialistische Gesellschaft zu denken ist, unumgänglich? Nach Maos Vorstellungen sollte eine eigenständige Entwicklung durch die Errichtung eines Staates der „nationalen Demokratie“ verwirklicht werden, der die gesamte Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse leitet.⁵ In welcher Form diese nichtkapitalistische Entwicklung zu realisieren ist, orientiert sich nach seiner Auffassung an der politischen Macht, dem Klassencharakter, der Stärke und Funktion der Staatsgewalt. Praktisch jedoch orientieren sich die Ansätze einer „ursprünglichen sozialistischen Akkumulation“ in Form der Kollektivierung der Landwirtschaft und des Aufbaus einer eigenen Basisindustrie, in China ebenso wie in der UdSSR, am „Prinzip des Einholens und Überholens“ der kapitalistischen Metropolen.

Verwurzelt in der Konzeption der „nachholenden Industrialisierung“, die sich am kapitalistischen Vorbild ausrichtet, ergab sich auch für die politische Führung der chinesischen kommunistischen Partei ständig die Notwendigkeit, die im Westen vollzogene Entwicklung der Prodiaktivkräfte, also eine durch kapitalistische Entwicklung hervorgebrachte Technologie, zu kopieren oder gar zu importieren. Die Anwendung dieser Technologien macht es gleichzeitig notwendig, die durch sie bedingten sozialen Beziehungen durchzusetzen, weil sonst die Rationalität des Gesamtprozesses verloren geht.⁶

Die Auseinandersetzungen um die Entwicklungsdynamik in China lassen sich exemplarisch an der Diskussion innerhalb der KP Chinas um die „Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion“ nachvollziehen, deren Hauptmerkmale so dargestellt wurden:

- Jeder Betrieb arbeite nach dem Gewinnprinzip, und wirtschaftliche Anreize sollten die Produktionssteigerung fördern.
- Das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln werde schrittweise aufgelöst; Überschüsse würden zu freien Marktpreisen angeboten.
- Die Produktionsverhältnisse würden kapitalistisch degenerieren.

Schon 1974 sah die Partei einzelne Tendenzen „einer schleichenden Rückkehr des Kapitalismus“ auch in China, obwohl sie zu diesem Zeitpunkt kaum nachweisbar waren. Über diese Auseinandersetzung entbrannten heftige Fraktionskämpfe in der KP Chinas, als es darum ging, den künftigen Entwicklungsweg zu bestimmen.⁷

Die chinesische Entwicklungskonzeption maoistischer Prägung setzt darauf, daß im Konzept der Volkskommunen und Staatsbetriebe nicht der Aufbau der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit im Vordergrund stehe, sondern in erster Linie das „richtige Klassenbewußtsein“.

⁵ Mao Zedong: Ausgewählte Werke Bd. n, S. 395 - 431, Beijing 1974, vgl. BR 9. 8. 86 „Mao Zedong - wie ihn die Chinesen heute sehen“.

⁶ Vgl. Weggel, Oskar: China, in: Nohlen/Nuscheler (Hrsg.) Handbuch der Dritten Welt Nr. 4, Halbband 1, S. 112 ff.

⁷ BRNr. 7,1974.

Mit den „fünf kleinen Industrien“ Elektrizität, Zement, chemische Düngemittel, Agrargeräte und Stahlproduktion sollte die lokale Industrialisierung aufgebaut werden, bei dezentralisierter Planung. Dieses Konzept sollte durch den Einsatz von Technologie, die eine sinnvolle Kooperation von Mensch und Maschine ermöglichte, ergänzt werden. Diese Konzeption der autozentrierten Entwicklung zur Befriedigung der Grundbedürfnisse fand weltweite Beachtung. Galten die Produktionsbrigaden und die mit ihnen verbundene Industrialisierungsplattform als repräsentatives Vorbild der Umsetzung maoistischer Entwicklungskonzeption, so ist die heutige vernichtende Kritik an diesem Modell ein wichtiges Indiz für die Wandlung chinesischer Politik.

„Die Wahrheit in den Tatsachen suchen“

Bei der 11. Sitzung des Zentralkomitees 1978 wurde ein denkwürdiger Schlußstrich unter die historische Etappe einer „Überbau-Revolution“ gezogen, die mißverständlich mit „Kulturrevolution“ übersetzt worden ist. In den „zehn Jahren Chaos“, wie die KP die Zeit der Kulturrevolution bezeichnet, wurde das eigentliche Ziel, die Demokratisierung der Produktionsverhältnisse und der verstärkte Aufbau der Wirtschaft, nicht erreicht. Heraus kam vielmehr ein bürokratisch erstarrter, omnipotenter Apparat, der sich jeder Kontrolle von außen versagte. Die alles umfassende politische Kontrolle der Partei über die Wirtschaft, über Produktionsbrigaden und Industriebetriebe führte zu einer totalen Fixierung auf die vorgegebenen zentralen Planziele. Die sehr komplexen und stark voneinander abweichenden Bedingungen der einzelnen Provinzen und autonomen Gebiete mit einer straffen zentralen Planwirtschaft zu überziehen, erwies sich als eine nicht lösbare Aufgabenstellung.

Gesucht wurde ein Modell, das die gesamtwirtschaftliche Effizienz und Funktionalität der Ökonomie erhöhte, das sich über die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung hinaus orientieren sollte. Gedacht wurde an einen qualitativen Sprung von einer autarken, bäuerlich verhafteten Provinzökonomie zu einer modernen Industriegesellschaft. Dabei mußte es in erster Linie um eine strukturelle Reform von Chinas größtem Wirtschaftssektor, der Landwirtschaft, gehen.

Die Reform des Agrarsektors

War unter Mao der Boden insgesamt verstaatlicht und waren alle Bauern, das sind über 80 Prozent der Gesamtbevölkerung von über 1,1 Milliarden Menschen, in Volkskommunen integriert worden, so zeigte sich als Resultat dieser Entwicklung, daß die landwirtschaftliche Produktion mehr als 20 Jahre lang kaum wuchs. Folge war, daß, nach Angaben des Zentralkomitees der KP, 1979 über 150 Millionen Menschen in China nicht ausreichend versorgt wurden. Durch eine erneute Agrarreform im gleichen Jahr wurde den bäuerlichen Haushalten das Nutzungsrecht am Boden vertraglich zurückgegeben. Nach

einem System der „vertragsgebundenen Verantwortlichkeit“ werden die einzelnen Haushalte seitdem, entsprechend der unterschiedlichen regionalen Bedingungen, mit Quoten belegt, die den landwirtschaftlichen Genossenschaften zu festen Preisen abgegeben werden. Mehr als 720 000 Brigaden aus der Zeit der Kulturrevolution wurden in der Zwischenzeit in 820 000 Dorfkomitees verwandelt, dem Selbstverwaltungsorgan der Bauern, deren Vertreter frei gewählt werden. Neben der eigentlich bäuerlichen Tätigkeit im Pflanzenbau wurde das Familiennebengewerbe angeregt: private Familienbetriebe, die für den lokalen Bedarf privat produzieren.

Da die Mensch/Land-Relation in China mit 0,15 Hektar Saatfläche pro Einwohner sehr gering ist, wird versucht, insbesondere für die Getreideproduktion Anbaufläche zu konzentrieren. Die „spezialisierten Haushalte“ betreiben die Landwirtschaft nur noch als Nebenerwerb, geben ihr Vertragsland zurück und widmen sich der handwerklichen Produktion oder der Verarbeitung von Agrarprodukten. Fast 25 Millionen dieses Haushaltstyps gab es 1983 und ihre Zahl wächst weiter. Ankaufs- und Vertriebsgenossenschaften oder der direkte private Verkauf regeln die Verteilung; Maschinenringe erleichtern den Zugang zu kollektiven Produktionsmitteln. Dörfer und Kreise haben nun weitgehend Selbstentscheidungsrechte bei der Festlegung der Anbaustruktur. Die Bewirtschaftung des Bodens und die Tierhaltung sind wesentlich intensiver geworden, die familiäre Arbeitsteilung ist stärker ausgeprägt als vorher. Die Differenzierung innerhalb der Agrarwirtschaft, die neuen Erwerbsquellen und die Rationalisierung führen dazu, daß nun Arbeitskräfte aus diesem Sektor abwandern.⁸ Erfolge dieser Politik sind, daß allein die Getreideproduktion um über 27 Prozent gewachsen ist, daß lokale private Märkte die Lebensmittelversorgung gezielt ergänzen und das Warenangebot bereichern.⁹ Überall ist bescheidener Wohlstand auszumachen: Die Einkommen auf dem Lande sind überdurchschnittlich gewachsen. Die wesentlich politisch bedingte Rückständigkeit wurde aufgebrochen. Insgesamt hat diese Strukturpolitik zu einer größeren regionalen Differenzierung geführt. Hindernisse für den Fortgang des Prozesses sind wachsender Kapitalmangel, die kaum ausgebaut Infrastruktur, die eine überregionale Vermarktung des landwirtschaftlichen Mehrproduktes fast ausschließt und der politische Konservatismus von Funktionären, die allzu erfolgreiche Spezialisierung als „Ableger des Kapitalismus“ behindern. Die Partei insgesamt versucht dieser Tendenz entgegenzuwirken, indem sie den Kadern das Recht einräumt, auch Familienbetriebe zu gründen. Die Agrarregionen gehen durch diese Reform von einer autarken Wirtschaft zur Warenwirtschaft über und modernisieren die traditionellen Produktionsformen. Für 1987 wurden als Planziel der Getreideproduktion 405 Millionen Tonnen angegeben, das sind 15 Millionen Tonnen mehr als im voraufgegangenem Jahr.

8 Louven, Erhard: Industriepolitik in der VR China, in: Geographische Rundschau, Jg. 38, H.3, 1986, S. 124-130.

9 HB 31.3.87: Widder, Urs: Neue Strukturen im ländlichen China, in: Geographische Rundschau, a. a. O. S. 138-146.

Die Reform des industriellen Sektors

Nach der unerwartet erfolgreichen Entwicklung des Agrarsektors war es nur eine Frage der Zeit, bis auch die „heiligen Kühe“ der chinesischen Ökonomie, die maroden Staatsbetriebe, sowie die in der Zwischenzeit mit modernster Technologie aufgebauten Großprojekte einer Effizienzkontrolle unterzogen würden.

Das Monumentalwerk des chinesischen Generalplanes schrieb Menge, Produktionsort, Rohstoffe und Distribution von über 14 000 Produkten zwingend vor. Die Konzentration der Entscheidungsbefugnisse bei den Regierungsinstitutionen wirkte sich durch die Inflexibilität bürokratischer Entscheidungsfindung lähmend auf die Produktionsabläufe aus. Die Industriebetriebe unterstanden zentralen Ministerien, Provinzen, Kreisen, Städten. Aus Gründen des Autarkiegrundsatzes maoistischer Politik verfügten die meisten Regionalregierungen außerdem über eigene Basisindustrien. Die jeweilige Fachabteilung der für die Planumsetzung verantwortlichen Ministerien oder entsprechender Verwaltungseinheiten auf Kreisebene kontrollierten die zu erfüllenden Planvorgaben und nahmen die Produkte zu festen Preisen ab, unabhängig von der jeweils gelieferten Qualität. Zur Klärung von Rohstoff- oder Produktionsproblemen mußten fast 20 Instanzen hinzugezogen werden, was zu entsprechenden Zeitverzögerungen und Stillständen beitrug. Das Nebeneinander unterschiedlichster Technologieniveaus fand in den Vorgaben kaum Beachtung, statt Produktqualität entwickelte sich eine „Tonnen-Mentalität“ der Firmenleitungen, der es darauf ankam, möglichst große Mengen einfacher Güter herzustellen, damit die Vorgaben rasch erfüllt werden konnten.

Da die Betriebe an den Staatshaushalt angeschlossen waren, erübrigte sich eine Betriebsbilanz, ganz zu schweigen von einer Gewinn- und Verlustrechnung. Die Preise wurden vorgegeben und entsprachen nicht der Kostenstruktur der Betriebe. Die jeweilig benötigten Rohstoffe lieferte der Staat. Defizitäre Betriebe erhielten einen staatlichen Bilanzausgleich.¹⁰

a) Ökonomische Strukturreform

In der 3. Plenarsitzung des 12. Zentralkomitees 1984 wurden folgende Leitlinien zur Reform des industriellen Sektors beschlossen:

- Begrenzung der Direktivplanung hin zu anleitenden Plänen,
- Vereinfachung der Jahrespläne und Dezentralisierung der Produktionsplanung,
- größere Entscheidungsfreiheit der Betriebsleitungen,
- Herausnahme der Großbetriebe aus dem Staatshaushalt,
- Gewinnbesteuerung statt der Abführung der Überschüsse - verbunden mit einer indirekten monetären Erfolgskontrolle,

¹⁰ Vgl. Bettelheim, Charles. China nach der Kulturrevolution - industrielle Organisation, dezentrale Planung und Wertgesetz, in: China-Analysen, München 1975

- Teilnahme der Arbeiter und deren Vertreter an der Verwaltung der Betriebe,
- Lockerung des Preissystems - verbunden mit dem Abbau der Konsumensubventionen,
- Veränderung des Lohnsystems verbunden mit einer Einkommenserhöhung.

Diese Einzelmaßnahmen wurden der allgemeinen Strategie der *Verwandlung der Planwirtschaft in eine geplante Wirtschaft* untergeordnet.¹¹

Diese Beschlußfassung ist von historischer Bedeutung, gab sie doch den Weg für die Dezentralisierung von Entscheidungsbefugnissen und Entscheidungsabläufen in der Ökonomie frei. Sie leitete also eine Trennung von Administration und Produktion ein.

Die Grundzüge eines „neuen Typs der sozialistischen Wirtschaftsstruktur“ wurden durch „Vorschläge des ZK für den siebten Fünfjahresplan“ im September 1985 konkretisiert.¹² Zum „Aufbau des Sozialismus mit chinesischen Merkmalen“ wird unter der Führung der staatlichen Planung das Wachstum der Marktkräfte und ihrer Rolle in der „Regulierung der Produktion“ gefördert. Es ist auch die „Transformation staatlicher Handelsgesellschaften in Kollektivbetriebe“ sowie der Aufbau privater Betriebe vorgesehen und es ist von der Notwendigkeit die Rede, so „schnell wie möglich ausländisches Kapital zur Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums hereinzulassen.“ Der Ausbau von „Wirtschaftssonderzonen“ zur Förderung der Exportproduktion, zum Erwirtschaften von Devisen und zum Testen modernster Technologie und Managementmethoden sind hierfür eindrucksvolle Beispiele.

Die Beschlüsse des ZK seit 1984 sind nicht nur wegen ihrer Tendenz zur völligen Neuorientierung der chinesischen Gesellschaft interessant, sie offenbaren bei politischen und ideologischen Weisungen eine viel größere Auslegungsfähigkeit, als es bisher üblich war. Einer der Gründe dafür liegt sicher darin, daß die Reformbewegung noch nicht mit einem hinreichenden ideologischen Fundament versehen ist.

Als Folge der Reformen hat sich eine neue Art von Betrieben herausgebildet, die im Besitz der Belegschaften sind, sogenannte Kollektivbetriebe. Es handelt sich durchweg um Klein- und Mittelbetriebe, die einer Marktnischenpolitik folgen oder in Sektoren operieren, die durch Staatsbetriebe nicht abgedeckt werden. Ohne staatliche Rückversicherung besitzen sie Verfügungsrechte über Staatseigentum und können privates Eigentum bilden. Sie decken bereits 30 Prozent der Industrieproduktion ab. In diesem Sektor sind über 13 Millionen Arbeiter tätig, wodurch das wachsende Beschäftigungsproblem eingeschränkt wird. Mehr als 55 Prozent dieser Betriebe sind im Dienstleistungsbereich angesiedelt und haben merkliche Versorgungslücken schließen

11 Chinas Economic Structure Reforms-Decision of the CPC Central Comitee, 20 10 84, Beijing 1984

12 Uphold reform and strike for the Reahzation of Socialst modernization, Documents of the CPC National Conference, 9/85, Beijing 1985

können. Gesetzlich ist auch rein privates Kapital zugelassen, doch wird diese Möglichkeit praktisch nur in sehr kleinem Rahmen wahrgenommen. Diese Variante ist in erster Linie politisch von Bedeutung.

b) Ausländische Kapitalbeteiligungen

Weshalb ausländische Firmen ein derart großes Interesse an Kapitalbeteiligungen in der Volksrepublik China haben, geht aus einer Studie hervor, in der 87 Prozent der befragten ausländischen Manager als ersten Unternehmenszweck den Zugang zum „milliardengroßen Konsumentenmarkt“ sehen; nur 11 Prozent dieser Gesellschaften haben es auf billige Produktionsfaktoren abgesehen. Fast 70 Prozent der chinesischen Manager, die befragt wurden, konstatieren hingegen, ihr Hauptziel sei der Zugang zu westlichen Industrien. Der Interessenunterschied ist offensichtlich und führt dazu, daß die hochgespannten Erwartungen unter anderem durch „außerordentlich hohe Kosten in eine unsichere Zukunftsinvestition, eklatanten Rechtswirrwarr, Devisenmangel beim chinesischen Partner und kaum vorhandenes qualifiziertes Personal“ gebremst werden.¹³ Angestrebt ist sicherlich eine Synthese der Vorteile, zu der der chinesischen Seite bisher noch die Erfahrung fehlt. Wie sehr das ausländische Kapital trotzdem pokert, wird daran deutlich, daß allein zwischen 1979 und 1984 über 2200 Verträge ohne eigentliche Vertragssicherheit geschlossen wurden. Diese hohe Zahl kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß über 70 Prozent dieser Investitionen weniger als 5 Mio. US-Dollar betragen, also Markterkundungscharakter haben. Das Volkswagen-Werk ist, mit einer Einlage von 30 Mio. US-Dollar, bisher größter Einzelinvestor. Insgesamt wurden bis Ende 1986 über 16,2 Mrd. US-Dollar direkt investiert.

Die Untergrenze der ausländischen Kapitalbeteiligung liegt bei 25 Prozent, nach oben gibt es keine Beschränkung. 120 Niederlassungen sind zu 100 Prozent in ausländischem Kapitalbesitz.¹⁴

Zwar sehen die chinesischen Fachleute, daß Joint Ventures ein ideales Vehikel für den Technologietransfer sein können, eine „praktische Unversität“ - mit billigeren Lizenzverträgen als beim Import üblich -, doch beeinträchtigen die bisher nicht gelösten rechtlichen, finanziellen und organisatorischen Probleme die Anziehungskraft für ausländisches Kapital. Das Investitionskapital ging 1986 bereits in der ersten Jahreshälfte um 1,24 Mrd. US-Dollar zurück.¹⁵ Gegenüber 1985 fielen 1986 die Auslandsinvestitionen um 47,6 Prozent. Die Investoren sehen derzeit in der Stabilität des Reformprozesses und der Beibehaltung der politischen Öffnung keine Garantien und verlieren das notwendige Vertrauen.¹⁶

13 HB1.4.87, „Manufacturing Equity Joint Ventures in China“, International Trade Research Institut, Beijing 1987; vgl. ferner NZZ 6. 9. 86.

14 In der UdSSR ist derzeit der ausländische Kapitalanteil auf 49 % festgeschrieben; bis Mitte 1986 wurden vom chinesischen Staat 6800 Vertragsunterzeichnungen mit ausländischen Beteiligungen vorgenommen. Li-Shud, China trade center, in: HB 31.12. 86.

15 China Daily (CD), 11.10.86; ferner FT13. 8. 86.

16 Vgl. Analyse in FT vom 24.1. 87.

c) Wirtschaftssonderzonen

Um Devisen zu erwirtschaften, die Exportstruktur zu diversifizieren, ausländisches Kapital nach seinen Bedingungen und Methoden produzieren zu lassen, schuf China 1981 in vier sogenannten „Wirtschaftssonderzonen“ attraktive Anreize und große infrastrukturelle Vorleistungen, ähnlich den Exportproduktionszonen in anderen Staaten der Dritten Welt, die 1985 um 14 „offene Küstenstädte“ und „Drei Dreiecke“, Gebiete in Flußdeltas, ergänzt wurden.¹⁷ In diesen Zonen gelten eigene wirtschaftspolitische Richtlinien.

Die Deviseneinnahmen, die in diesen Zonen erzielt werden, stehen zur freien Verfügung, der Devisenausgleich muß jedoch selbst erwirtschaftet und die Inlandswährung, die produziert wird, darf nicht in Devisen verwandelt werden. Sie soll vielmehr in inländische Betriebe investiert werden, die wiederum in der Lage sind, damit Devisen zu produzieren.¹⁸ Der Staat stellt nur dann, wenn es sich um exportfähige Produktion handelt, in beschränktem Maße Devisen zur Verfügung.

Allein 60 Prozent der Gesamtauslandsinvestitionen gehen in die Zone von Shenzhen, in der insbesondere Auslandschinesen aus Hongkong und Macao billige chinesische Arbeitskraft ausbeuten. Die Löhne in China betragen nur den zehnten Teil von denen in Hongkong. Shenzhen, um bei diesem Beispiel zu bleiben, registrierte bis 1985 über 711 Mio. Dollar Auslandsinvestitionen. Der chinesische Staat mußte jedoch, um dieses Kapital anzulocken, 1,6 Mrd. Dollar aufbringen. Im ersten Halbjahr 1985 exportierte Shenzhen 250 Mio. Dollar insbesondere nach Europa. Im gleichen Zeitraum wurden in diese Zone Fertigteile oder Halbzeuge im Wert von 350 Mio. Dollar importiert. Die dort ansässigen Betriebe montieren im wesentlichen Fertigteile, die außerhalb Chinas produziert werden. Der erwünschte Technologieverkehr beschränkt sich damit auf den Einsatz von Arbeitskräften. Als Nebeneffekt ist erkennbar, daß die begehrten Konsumartikel ins Innere Chinas verschwinden und nicht so sehr der Export gefördert wird. Die Chinesische Volkszeitung unterzog die Wirtschaftszonen in der Zwischenzeit einer vernichtenden Kritik, indem sie schrieb, es handele sich um Kopien der „Export Processing Zones“ von Taiwan. Trotzdem überbieten sich die einzelnen Provinzen, ja sie treten sogar in Konkurrenz zueinander, um mit „Development and Investment Guides“ auf Hochglanzpapier ausländisches Kapital anzulocken. Durch die Einrichtung dieser Zonen werden erneut Regionen bevorzugt, die bereits eine lange Tradition im Außenhandel haben und jetzt das höchste Technologieniveau aufweisen. Die Disparität der strukturellen Entwicklung in China, wie sie vor den Reformen im Rahmen der industriellen Dezentralisierung verringert werden sollte, wird einer traditionellen Konzeption der Enklavenbildung geopfert.

¹⁷ Gemeint sind die Wirtschaftssonderzonen von Shenzhen, Zhuhai, Shantou, die alle in der Provinz Guangdong liegen, in unmittelbarer Nähe Hongkongs, ferner Xiamen und die Dreiecke des Yangsiflusses, des Perlfusses, Quanzhou und Zengzhou; vgl. OECD: Chinas Special Economic Zones, Paris 1986; ausführliche Betrachtung in FT 20. 8. 86; NZZ 12.11. 86 und International Herald Tribune (IHT) 11./12.4.87.

¹⁸ Vgl. Artikel 20 des Gesetzes und „Provisions for the Encouragement of Foreign Investment“, BR (engl. Version) 20.10. 86.

Reformauswirkungen auf Betriebsstrukturen und Gewerkschaften

Chinesische Industriebetriebe sind nicht nur Produktionsstätten, sondern gleichzeitig Wohlfahrtsinstitutionen für die Mitarbeiter. Sie garantieren Wohnung, medizinische Versorgung, Ausbildung, Nahrungsmittelvergünstigungen, Transportsubventionen, Altenfürsorge. Diese Struktur ist in den einzelnen Betrieben sehr unterschiedlich ausgebildet. Derjenige, der einen Arbeitsplatz hat, ist so gut wie unkündbar. Im Betrieb selbst sind es die jeweiligen Abteilungen, die auf die Einhaltung der Produktionsvorgaben achten, sich aber um die persönlichen Belange und um seine politische Motivation kümmern. Die Abteilung als „kleinster gesellschaftlicher Kader“ im Betrieb entscheidet über Arbeitsplätze, Lohnhöhe, Fortbildung, Wohnungsbeschaffung und Pensionierung. Die Abteilung wählt überdies als kleinstes Arbeitskollektiv meist nach politischen Kriterien die Betriebsführung und diese dann auf fünf Jahre die Unternehmensleitung. Die Direktoren werden fast ausschließlich vom Staat eingesetzt. Die betriebliche und politische Verflechtung zwischen den jeweiligen politischen Funktionären garantiert das Einwirken des Staates und der Partei bis auf die unterste Ebene.

Durch die 1984 in Kraft getretene Managementreform soll den jeweiligen Betrieben eine größere wirtschaftliche Entscheidungsfreiheit eingeräumt werden. Die damit verbundene Aufwertung der Direktion bedeutet zugleich eine Minderung des Einflusses von Bürokratie und Partei, letztlich der Zentralverwaltung. Die Dezentralisierung des wirtschaftlichen Entscheidungsprozesses begleitet diese Reform und führt zu mehr Selbstverwaltung der Betriebe, allerdings bei einer stark zentralistisch aufgebauten Führungsstruktur.

Soll die Produktion nun auf „Gewinnerzielung“ ausgerichtet werden, treten weitere Probleme hinzu. Selbst in Großbetrieben gibt es kaum eine betriebliche Rechnungsführung.¹⁹ Da der Gewinn nun nicht mehr an den Staat abgeführt, sondern besteuert und für Investitionen genutzt wird, mit ihm Belegschaftsprämien bezahlt und Sozialleistungen an die Arbeiter verbessert werden sollen, bekommt er eine völlig neue Bedeutung.

Auch die Beziehung zwischen Unternehmensleitung und Belegschaft muß völlig neu organisiert werden. Da die Belegschaft nun ein direktes Interesse am betrieblichen Ergebnis hat, muß sie auch in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden. So hat der Direktor in der jährlichen Betriebsversammlung der Belegschaft Rechenschaft über das betriebliche Ergebnis und die Gewinnverwendung zu geben. Die Belegschaftsversammlung entscheidet über die Entlastung des Direktors.

¹⁹ CD 23.7.86; Die Überprüfung von 43 000 Betrieben erbrachte nicht nur, daß keine einheitliche Buchführung oder Gewinn- und Verlustrechnung bestand, sondern auch, daß diese ihre Gewinne vor dem Transfer an den Staat versteckten.

Eines der Hauptprobleme geringer betrieblicher Effizienz ist die niedrige Arbeitsproduktivität. Die Gründe liegen nach chinesischer Auffassung insbesondere in der egalistischen Lohnpolitik und in der völlig veralteten Technologie.²⁰

Reform der Arbeitsverhältnisse

Bereits seit 1981 wurde in ausgewählten Betrieben mit Zeitarbeitssystemen experimentiert. Die Erfahrungen mit diesen Versuchen führten im September 1986 dazu, daß vier neue „vorläufige Bestimmungen“ über Arbeitsverträge, Einstellungsformalitäten, vierteljährliche Probezeiten, Entlassungen und Sozialversicherungspflicht verabschiedet wurden.

Die bisher geltende staatliche Arbeitsplatzzuweisung war begleitet von einer Normenflut und „lähmte die Arbeitskraft“. Eine Studie, die eine Million Arbeitsplätze in Nordwestchina erfaßte, warf ein Licht auf den Beschäftigungsgrad. Ein Drittel der Befragten war damals vollbeschäftigt, der Rest arbeitete halbtags und weniger. Für die zentrale Arbeitsvermittlung war die Qualifikation des zu Vermittelnden unbedeutend. Daß beispielsweise Literaturwissenschaftler als Kassierer eingestellt wurden oder Physiker als Werkchutzleute, war keine Seltenheit.²¹

Die bisher achtstufige Lohnskala sah eine leistungsunabhängige Eingruppierung vor. In Zukunft sollen gute Arbeit und höhere Leistung durch Prämiensysteme und Zuschläge entlohnt werden, was zu ausgeprägten Einkommensdifferenzierungen führen muß. Bleibt der Durchschnittslohn bei 100 Yuan, so reicht die Skala nun von 46 bis 250 Yuan.²²

In der Zwischenzeit gibt es bereits über 3,5 Mio. Arbeiter mit einem befristeten Arbeitsvertrag. Sie sollen angeblich besser und schneller arbeiten als ihre festangestellten Kollegen und auch eine höhere Anwesenheitsrate haben. Spannungen zwischen beiden Gruppen in den Betrieben sind vorhersehbar. Die Durchführungsbestimmungen zum Arbeitsrecht in Gemeinschaftsunternehmen sprechen denn auch offen von Disziplinarmaßnahmen: „Härteste Sanktion ist in besonders gravierenden Fällen nach mehrmaliger Verwarnung die Entlassung“.²³

Besondere Schwierigkeiten bereitet ein vorgesehene Insolvenzrecht. Festgestellt wurde, daß von 400 000 Betrieben über 36 000 mit kontinuierlichem Verlust arbeiten, der durch das Staatsbudget ausgeglichen wurde. Die neue Gesetzesvorlage dazu wurde zunächst über Monate hinweg blockiert und dann wegen ihrer großen politischen und ideologischen Folgen für die Staatsbetriebe ganz zurückgestellt. Es hätte sich zum Beispiel die Frage gestellt, wer

²⁰ BR 2. 9. 86, S. 31, BR 2. 9. 86 S. 18 ff.

²¹ CD 6. 3. 87

²² Die Darstellung beruht auf einer eigenen Erhebung in 32 Betrieben im Oktober 1986.

²³ NZZ12.11. 86.

beim Konkurs des Betriebes, der bisher die gesamte Sozialabsicherung der Arbeiter trägt, die Absicherung der Arbeitslosen übernehmen würde. Es gab ja bisher nur „Pleiten im Kapitalismus“.²⁴

Auch den aufgrund der spezifischen Arbeitsteilung zwischen Partei, Bürokratie und Betriebsleitung hauptsächlich für sozialpolitische Probleme im Betrieb zuständigen Gewerkschaften des Allchinesischen Gewerkschaftsbundes (ACFTU) werden völlig neue und konfliktreiche Arbeitsfelder für die Durchsetzung von Mitgliederrechten zugewiesen. Auf Erfahrungen können sie dabei nicht zurückgreifen. Es wird sich zeigen, ob sich die Gewerkschaften ein eigenständiges Aktionsfeld mit Durchsetzungskompetenzen erkämpfen können, wodurch sie eine neue Funktion bekämen.²⁵ Zwar wird in den Publikationen des ACFTU eine schnelle Verwirklichung der Reformen gefordert, die praktisch zuständigen Gewerkschaftsfunktionäre stehen angesichts der betrieblichen Realitäten aber vor immensen Schwierigkeiten.

Perspektiven der Entwicklung

Wie sehr die Praxis die Theorie herausfordert, wird zum Beispiel in dem Beitrag eines führenden Parteitheoretikers über „Neue Erkenntnisse über die Charakteristiken des Sozialismus“ deutlich, in welchem der „theoretische Durchbruch“ zu der Erkenntnis, daß es unter den Bedingungen des Sozialismus eine Warenproduktion geben müsse, die sich vom Kapitalismus unterscheide, auf Stalin zurückgeführt wird.²⁶ In diesem Hinweis an den konservativen Flügel der Partei wird weiter ausgeführt, daß die sozialistische Wirtschaft „eine geplante Warenwirtschaft auf der Grundlage des Gemeineigentums sei“. Ferner wird mit der Auffassung gebrochen, nach der Eigentums- und Bewirtschaftungsrecht untrennbar sind. Nach der neuen Auffassung verbleibt das Eigentumsrecht beim Staat, während die Betriebe selbständig wirtschaften können. Der Sozialismus kannte bisher auch das leistungsbezogene Verteilungsprinzip nicht, was, wie es in der Analyse heißt, auch Mao Zedong falsch verstand, weil er Unterschiede in der Verteilung meiden wollte. Resultat war „die Gleichmacherei“. Gefordert wird nun, die Unterschiede bei der Verteilung zu vergrößern. Erreicht werden soll dies durch verstärkte betriebliche Lohndifferenzierung und eine Erweiterung der Lohnskala. Gleichzeitig wird mit der Idee gebrochen, die „Kollektivwirtschaft sei nur eine Übergangsform der Wirtschaft“.²⁷

Der Autor, der die Parteihochschule beim ZK leitet, versucht eine theoretische Legitimierung für die Praxis des ökonomischen Alltags. Der Widerspruch zu bisherigen theoretischen Begründungen wird überdeutlich, das Dilemma, in

24 ER 2.9.86.

25 Brief introduction of the Chinas Trade Unions, Beijing 1985. Der ACFTU hat über 80,3 Mio. Mitglieder (12/

m 84), 29 Landesbezirke und ihm sind 15 Einzelgewerkschaften angeschlossen.

26 Zhao Yao, Leiter der theoretischen Abteilung der Parteischule beim ZK der KP, BR 9.12.86.

27 Diese Formulierung machte sich die HI. Plenarsitzung des Xu. ZK zueigen.

dem die Partei steckt, wird offensichtlich. Die in dem Aufsatz des Theoretikers relativ lapidar angesprochenen Probleme sind Kernfragen der politischen Ökonomie der Transformationsgesellschaften, deren Auswirkungen die KP Chinas in zwei Lager spalten. Soll der 7. Fünfjahresplan (von 1986 bis 1990) das „Fundament für ein neuartiges Wirtschaftssystem chinesischer Prägung“ legen, so kann dieses Ziel nur mit Hilfe einer jährlichen Fremdfinanzierung durch Auslandskapital zwischen 8 bis 10 Mrd. US-Dollar erreicht werden. Die Auslandsverschuldung Chinas beträgt derzeit 20 Mrd. US-Dollar bei 10 Mrd. Devisenreserven. Die Deviseneinnahmen sinken durch Rohstoffpreisverfall bei den Exporten weiter und Ausweichprodukte lassen sich nur mittelfristig produzieren. Es wird angenommen, daß sich China bis 1990 im Umfang von 30 Mrd. neu verschulden wird.²⁸

Die durch die Reformen eingeleitete wirtschaftliche Dynamik produzierte einen Inflationsschub von offiziell 7,7 Prozent. Die alarmierende Entwicklung rief um so mehr Gegner auf den Plan, als eine Studie ergab, daß sich die Reformen erst in 20 Prozent der Betriebe durchsetzt hätten. Ein höherer Durchsetzungsgrad hätte die Situation sicher noch weiter verschlechtert.

Was bisher in den westlichen Medien als „ein Übergang in die Marktwirtschaft“ gefeiert wurde, blieb auf halber Strecke in den Fußangeln bürokratischer Umsetzungsformen hängen. Die Entscheidungskompetenz zu dezentralisieren würde nämlich konsequenterweise bedeuten, daß sich Partei und Bürokratie wesentlicher Machtbefugnisse und Weisungskompetenzen entledigen und dadurch neue Lebens- und Verkehrsformen zulassen, deren Auswirkungen nicht abzuschätzen sind. Die „Revolutionierung von oben“ durch die Reformfraktion erzeugt einen Demokratisierungsdruck von unten, der Widersprüche weiter verschärft wird und dessen Auswirkungen nicht abzuschätzen sind. Der konservative Flügel der Partei hat also Bremsmanöver eingeleitet.

Derartig tiefgreifende Wirtschaftsreformen müßten natürlich durch eine Neugestaltung der politischen Ordnung flankiert werden. Unklar ist, ob die Reformfraktion die Macht haben wird, sich gegen die Konservativen durchzusetzen. Schon jetzt ist jedoch nachweisbar, daß der Prozeß, der von Deng Xiaoping angestrebt wurde, so keineswegs fortgesetzt werden kann. Die personalpolitischen Entscheidungen des Parteitag im Oktober 1987 werden präzisere Einschätzungen darüber zulassen, in welchem Maße die KP bereit ist, eine wirtschafts- und gesellschaftspolitische Öffnung zuzulassen oder ob der Prozeß versanden wird.

²⁸ Vgl. NZZ 21.11. 86; IHT 25.10. 85; HB 18.12. 86. In China sind derzeit über 80 Banken aus kapitalistischen Ländern vertreten.